

**Wie die Treuhand die DDR verkaufte (1):** Die Ostdeutschen haßten sie, die Westdeutschen schmähten sie: Was immer die Privatisierer von der Treuhandanstalt machten, es galt als falsch. In einer zweiteiligen Serie veröffentlicht der SPIEGEL die abenteuerliche Geschichte der Treuhand. Von *Michael Jürgs*

# Ein Land im Sonderangebot

**W**ie immer, wenn er seine innere Anspannung überwinden muß, hüstelt Wolfgang Ullmann ein paarmal. Dann beugt er sich nach vorn und schlägt mit fester Stimme „die umgehende Bildung einer Treuhand-Gesellschaft zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am Volkseigentum der DDR“ vor.

Das ist am Vormittag des 12. Februar 1990 die Geburtsstunde jener Institution, die zur wichtigsten, aber auch umstritten-

sten im Zuge des deutschen Einigungsprozesses werden sollte – der Treuhandanstalt. Die Menschen im deutschen Osten werden ihr später den Verlust von Millionen Arbeitsplätzen, das Plattmachen Tausender von Betrieben anlasten. Die Steuerzahler im Westen werden sie als Kapitalvernichtungs-Maschine schmähen, die bei ihren erfolglosen Versuchen, marode DDR-Unternehmen zu retten, Abermilliarden westlicher Gelder verschleudert hat.

Am Runden Tisch in Ost-Berlin, von dem aus zu jener Zeit die DDR regiert wird, gibt es keinen Widerspruch gegen

den Vorschlag Ullmanns, der als Mitbegründer von „Demokratie Jetzt“ in dieser Runde und als Minister ohne Geschäftsbereich zugleich in der Regierung Modrow sitzt. Alle Oppositions- wie Regierungsvertreter sind von der Notwendigkeit einer Institution überzeugt, die zunächst einmal das Volksvermögen in der DDR vor dem Zugriff gieriger Westkonzerne schützen und dann per Anteilschein an die DDR-Bevölkerung verteilen soll.

Pläne für einen Weg, auf dem das Volksvermögen der DDR in die Hände des Volkes gelangen sollte, hatte sich Theologe Ullmann von neutralen Schweizern ent-

© Michael Jürgs: „Die Treuhändler“. List Verlag, München-Leipzig, 1997.



**Verschlossene Produktionsanlage der Leuna-Werke in Sachsen-Anhalt:** Der Traum war aus, als die Reformer erfuhren, was tatsächlich



Treuhand-Chef Rohwedder (1990), Treuhand-Zentrale am Berliner Alexanderplatz: Schöngefärbte Bilanz wies 600 Milliarden aus

wickeln lassen. Berater der eidgenössischen Firma Management + Future empfahlen, die riesigen Kombinate in viele lebensfähige kleine Unternehmen aufzuteilen, an denen die Arbeitnehmer dann eine Mehrheitsbeteiligung übernehmen sollten.

Ihre Grundstücke sollten diese Firmen verkaufen dürfen, weil sie dringend Cash brauchten. Zur Modernisierung der Maschinen und zur Erschließung neuer Märkte sollten dann Investoren aus der ganzen Welt mit ihrem Kapital herzlich eingeladen sein. Das bietet den Vorteil, schreiben die Schweizer Sozialromantiker in ihre Vorlage für Ullmann, „daß dem Ausverkauf der

DDR ein Riegel vorgeschoben ist, weil die Mehrheit immer im Besitz der Bevölkerung bleibt“.

Die Vorstellung, daß in diesem System nicht die allgegenwärtigen Multis, also die Banken und Konzerne, regierten, sondern statt großem Kapital der kleine Mensch als Mittelpunkt vorgesehen war, gefiel dem Kirchenhistoriker besonders gut. Ullmann kannte noch nicht die kapitalistische Variation dieser frommen These: der Mensch als Mittel. Punkt. Und es hatte ihm auch noch keiner gesagt, wie begeistert die mächtigen Konzerne sein würden, gerade dort investieren zu dürfen, wo die Mehrheit eines Betriebes denen gehört, die dort arbeiten.

Allerdings kam des Theologen Blauäugigkeit nicht vom Himmel, denn nach der gültigen DDR-Definition war ein Volkseigener Betrieb hauptsächlich auf die „Hebung des Wohlstandes der Werktätigen gerichtet“. Diese werktätigen Menschen schufen sich kollektiv ein gemeinsames Vermögen, waren also „Eigentümer und Träger des sozialistischen Staates, der das Volkseigentum repräsentiert“.

Naiv waren damals allerdings nicht nur Ullmann und dessen Mitkämpfer am Runden Tisch. Auch im Westen ging man davon aus, daß die DDR der zehntstärkste Industriestaat der Erde sei und über einen entsprechend leistungsfähigen Produktionsapparat verfüge.

So übernahm eine Gruppe um Ullmann, die sich Freies Forschungskollegium Selbstorganisation nannte, die international verbreitete Schätzung von 1,5 Billionen Mark, teilte diese Summe einfach durch 16 Millionen Bürger und kam so pro Kopf auf einen Anteil von knapp 100 000 Mark.

Sogar der – im Rückblick lächerlich wirkende – Entwurf eines Anteilscheines wurde damals angefertigt:

*Vermögens-Anteil-Urkunde an einem 16millionstel Anteil am Volkseigentum der DDR zugunsten, Name, Vorname, geboren am ... ausgegeben am ...*

Und darunter der sachdienliche Hinweis:

*Diese Urkunde (und nicht Ihre Ersparnisse) geben Sie in Zahlung, wenn Sie Ihre volkseigene Wohnung als Eigentumswoh-*

*nung erwerben wollen. Mietwucher wäre dann kein Thema mehr für Sie. Wenn Sie ein Gewerbe eröffnen wollen, brauchen Sie Geschäfts- oder Betriebsräume. In einem der vielen unrentablen VEBs werden Sie Ihren Raum finden. Sie erwerben ihn mit Ihrer Vermögensurkunde.*

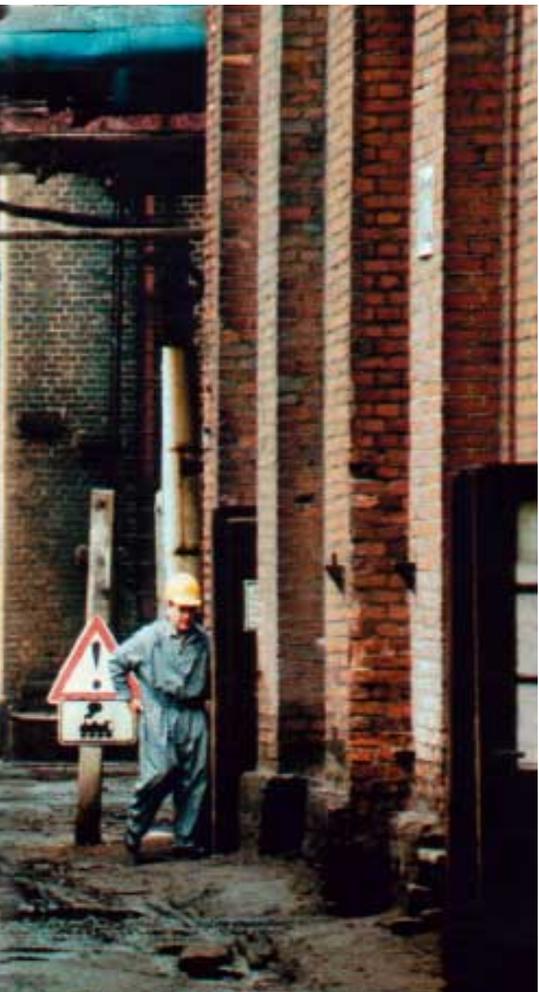
Fast parallel zum Vorstoß am Runden Tisch legte Modrows Staatssekretär Wolfram Krause, Leiter der Gruppe Wirtschaftsreform, einen Plan zur „Gründung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“ vor. Denn niemand bestritt, und sogar im Westen galt das als politisch machbar, daß dieses DDR-Volk einen Anspruch auf sein Vermögen hatte – jetzt, da endlich die Firma DDR zusammenbrach und der Besitz verteilt werden konnte.

Eine Treuhand-Gesellschaft leuchtet bei den so unterschiedlichen Gruppen ein: den alten Sozialisten, die immer noch nach einem dritten Weg zwischen Marktwirtschaft und Planwirtschaft suchen, und den wachen Träumern aus der Bürgerbewegung, die zwar alles anders haben wollen als bisher, vor allem aber irgendwie menschlicher. Allein das Wort Treuhand klingt glaubwürdig, anständig, ehrlich, deutsch – und irgendwie muß das doch gehen.

Die Treuhandanstalt soll sich am „Modell einer Nachlaßverwaltung eines Erblassers zugunsten der legitimen Erbberechtigten orientieren“, trägt Ullmann am Runden Tisch vor. Selbstverständlich dürften Kompetenzen und Aufgaben nur durch die „neu gewählte Volkskammer (solange es diese noch gibt) oder später durch Volksentscheide der Bürger in den Ländern der ehemaligen DDR definiert werden“.

Auch der Bonner Sachverständigenrat plädiert dafür, die DDR-Bürger zu Anteilseignern ihrer Betriebe zu machen – allerdings nicht durch eine Art Erbvertrag, sondern durch Verkauf. In einem Sondergutachten empfehlen die fünf Weisen aus dem Westen:

*Die Zerlegung der Kombinate in kleinere Einheiten ist ... ein wichtiger Schritt der Unternehmensreform. Die dabei entstehenden Unternehmen sollten grundsätz-*



hinter den Potemkinschen Kombinat steckte



**Treuhand-Initiator Ullmann, Runder Tisch in Ost-Berlin (1989): Romantische Idee von der Verwahranstalt für Volksvermögen**

lich nicht in Staatseigentum verbleiben, sondern privatisiert werden. Der einfachste Weg ist die Umwandlung in Kapitalgesellschaften, deren Anteile dann an Bürger der DDR verkauft werden können.

Warum soll das Volk eigentlich kaufen, was ihm vermeintlich schon immer gehört hat, halten alte Sozialisten wie auch Bürgerrechtler dagegen. Klein-Kapitalist zu werden ist ja gut und schön – aber doch nicht durch die Hergabe von Ersparnissen, die man schon bald zum Erwerb der schönen Autos und anderer Konsumgüter aus dem Westen brauchen wird!

Beide allerdings, die Befürworter einer Gratisaktion wie die Anhänger des Verkaufmodells, gehen bei ihren Thesen noch immer von falschen Voraussetzungen aus. Sie glauben, daß tatsächlich Milliardenwerte vorhanden sind, die es zu verteilen gilt. Doch die DDR ist kein Lust-, sondern ein Lastobjekt, nichts fürs Lotterbett, sondern fürs Sterbelager.

Wie man heute weiß, konnte man nur so lange über die Werte des Staates DDR diskutieren und glühend die humane Idee ver-

teidigen, das Volk habe zu bekommen, was es verdient hat, solange noch die Vorstellung von der Industriemacht DDR in den Köpfen geisterte und solange noch Zahlen genannt wurden, die keiner betriebswirtschaftlichen Prüfung unterzogen waren.

Ex-Bundesbank-Direktor Claus Köhler, einst Verwaltungsrat der Treuhand, über die noch zu Modrows Regierungszeiten erstellte Bilanz der DDR: „Sie wies per Ende 1989 ein Bruttovermögen von 1420 Milliarden Mark auf.“ Nach Abrechnung aller Verbindlichkeiten und Rückstellungen ergaben sich 924 Milliarden als DDR-Nettovermögen, von der Treuhandanstalt zu verwalten (abgezogen Post, Bahn, Kommunalvermögen, Wohnungsgesellschaften et cetera) immerhin noch 620 Milliarden Mark.

Auf diese schöngefärbte Bilanz verließ sich auch noch Detlev Karsten Rohwedder, der damalige Präsident der Treuhand, als er im Herbst 1990 bei einer Rede in Wien flapsig verkündete, der „ganze Salat“ sei wohl 600 Milliarden wert. Der Salat war die DDR. Offenbar

leicht zu genießen, in Wirklichkeit unverdaulich.

Schon im Winter und Frühjahr 1990 werden die Nachrichten aus der Staatswirtschaft von Woche zu Woche schwärzer, was der roten Realität entspricht. Noch tauchen in den Aufstellungen unter Personalkosten die Beträge auf, die für die Politfunktionäre anfallen, die einst nichts anderes zu tun hatten, als im Auftrag der Staatskrake Stasi auf die Werkstätigen aufzupassen. Unter betriebsbedingten Ausgaben verbucht werden außerdem Kosten für gefeierte Errungenschaften wie volkseigene Theatergruppen, Sportvereine, Kindergärten.

Edgar Most, in der DDR Chef der Deutschen Kreditbank, heute Leiter der Hauptfiliale der Deutschen Bank in Berlin, erläutert: „Es gab ja in der DDR kaum betriebswirtschaftliche, sondern überwiegend volkswirtschaftliche Entscheidungen. Entsprechend den Vorgaben wurden Vorlagen und Statistiken manipuliert.“

Als die von einer endlich besseren Welt träumenden Reformer in Berlin mehr und mehr schauernd erfahren, was wirklich

## Wende-Anstalt Chronik der Treuhand

### 12. Februar 1990

Der Vertreter von „Demokratie Jetzt“ und Minister ohne Geschäftsbereich Wolfgang Ullmann schlägt am Runden Tisch in Ost-Berlin die „umgehende Bildung einer Treuhand-Gesellschaft (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am Volkseigentum der DDR“ vor.

### 1. März 1990

Im DDR-Ministerrat wird die Gründung einer Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums (Treuhandanstalt) beschlossen. Modrow-Stellvertreter Dr. Peter Moreth (LDPD) wird als Präsident eingesetzt (abgelöst am 15. Juni 1990).

### 18. März 1990

Die CDU gewinnt die ersten freien Wahlen in der DDR; Lothar de Maizière wird vier Wochen darauf Ministerpräsident einer Großen Koalition.



De Maizière

### 16. Mai 1990

Bund und Länder gründen den Fonds „Deutsche Einheit“ zur Sanierung der DDR-Wirtschaft. Volumen: 115 Milliarden D-Mark.



Die Finanzminister Romberg und Waigel unterzeichnen den ersten Staatsvertrag

### 18. Mai 1990

Unterzeichnung des sogenannten ersten Staatsvertrages über Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR.

### 17. Juni 1990

Die Volkskammer beschließt das Treuhand-Gesetz zur Privatisierung des volkseigenen Vermögens.

### 1. Juli 1990

Der Vertrag über Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion tritt in Kraft.

### 4. Juli 1990

Der DDR-Ministerrat beruft Hoesch-Vorstandschef Detlev Rohwedder zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats der Treuhandanstalt.



Rohwedder

### 15. Juli 1990

Bundesbahn-Chef Reiner Maria Gohlke wird Präsident der Treuhand.

### 20. August 1990

Gohlke tritt zurück.

hinter den Potemkinschen Kombinat steckt, und ahnen, daß es nichts zu verteilen geben wird, sondern nur zu teilen gilt, stirbt still und leise die Idee der Volksaktien. Todesanzeigen werden allerdings nicht geschaltet, bei Nachfragen aus dem Volk ist angeblich alles noch im Fluß.

Der getreue Ullmann bleibt ungerührt bei seinen Vorstellungen. Noch ein Jahr später, als von der DDR nur noch die Treuhandanstalt übriggeblieben ist, bohrt er als Abgeordneter in Bonn nach und fordert, was seinem Volk versprochen worden war: Anteilscheine.

Die Antwort des damaligen Parlamentarischen Staatssekretärs Manfred Carstens aus dem Wirtschaftsministerium bleibt höflich im Ton, aber hart in der Sache: „Erst nach Vorliegen der Bestandsaufnahme und nach Kenntnis der für die Strukturanpassung in den neuen Bundesländern anfallenden erheblichen Kosten kann beurteilt werden, ob es möglich ist ... ein verbrieftes Anteilsrecht einzuräumen.“

Wie man weiß, war es nie möglich. Was nichts daran ändert, daß dennoch fern der Realität immer wieder beklagt wird, die Treuhandanstalt habe ihre ursprüngliche Bestimmung nicht erfüllt, das Volksvermögen gerecht zu verteilen.

Gegen solche Sozialromantik helfen keine harten Zahlen. Es wird erfolgreich verdrängt, daß die Misere nicht mit der Treuhandanstalt begann, sondern lange zuvor. Weil es eine Planwirtschaft gab, brauchte es überhaupt so etwas wie eine Treuhandanstalt.

Hätte man etwa Schuldscheine ausgeben sollen, fragen heute zynisch die Realisten, und es ist aufgrund der Fakten schwer, ihnen zu widersprechen.

Beim Erfinder der Treuhandanstalt, bei Wolfgang Ullmann, melden sich schon bald einige Sumpfbüden der Marktwirtschaft. Sie denken wohl, in dem Minister ohne Geschäftsbereich den passenden naiven Gesprächspartner zu haben.

Horst Schiesser, ein West-Berliner Großbäcker, der 1986 den Gewerkschaften die zusammengebrochene Neue Heimat für eine Mark abgekauft und dann für 20 Millionen Mark wieder zurückgegeben hatte, läßt über zwei Abgeordnete der konservativen DSU anfragen, ob man denn die gesamte DDR bei dieser geplanten Treuhandanstalt kaufen könne. Er bietet 713,1 Milliarden Mark und die Garantie, Anteilscheine ans Volk zu verkaufen und die Arbeitsplätze in den Kombinat und Betrieben zu sichern.

Schiesser ist, vorsichtig ausgedrückt, eine schillernde Figur. Schon bei seinem seltsamen Geschäft mit den 190 000 Wohnungen der zusammengebrochenen Neuen Heimat hatte der Bundesnachrichtendienst diskret gewarnt. Nach Auffassung der Pülacher war der Bäcker nur ein Strohhalm für Alexander Schalck-Golodkowski, den großen Strippenzieher der DDR-Wirtschaft, und der wiederum handelte im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit. Schiesser hatte intensive Beziehungen zur KoKo, der Devisenschieber-Genossenschaft Schalcks, und hatte mal kleinere Kredite besorgt. Er hatte ein Büro im Internationalen Handelszentrum in Ost-Berlin, in dem Alexander der Große regierte.

Das Angebot Schiessers, die Treuhandanstalt von ihrer Mission zu befreien, wird dann an Ullmann vorbei über die westdeutsche Ziehmutter der DSU, die CSU, nach Bonn gereicht. Es enthält so viele Details über den Zustand der DDR-Wirtschaft, daß als Verfasser des Papiers nur Insider in Frage kommen. Die Summe zum Beispiel, die im Angebot steht, entspricht fast genau dem von der Gruppe Wirtschaftsreform kalkulierten Bruttowert der DDR von 1420 Milliarden Mark, umgerechnet zum künftigen Kurs von zwei Ostmark gegen eine Westmark.

Schiessers Firma für das alle Dimensionen sprengende Geschäft hat den schönen Namen „Vorteil“ und ist in Luxemburg

angemeldet. Selbstverständlich wird über Schiessers aberwitziges Unternehmen nie ernsthaft diskutiert. Es verdeutlicht aber, auf welche absurden Ideen Glücksritter aus West und Ost damals kamen.

Am 15. März 1990, drei Tage vor den ersten freien Volkskammer-Wahlen, die für die meisten alten Kader das Ende ihrer politischen Laufbahn markieren werden, beschließt der DDR-Ministerrat unter Führung Modrows das Statut der Treuhandanstalt. Hierin „wird die Möglichkeit



**Treuhand-Interessent Schiesser**  
Kaufgebot für den gesamten DDR-Besitz

vorgesehen, den Sparern zu einem späteren Zeitpunkt für den bei der Umstellung von Mark der DDR auf D-Mark im Verhältnis 2:1 reduzierten Betrag ein verbrieftes Anteilsrecht am volkseigenen Vermögen einzuräumen.“

Zum Chef der neuen Anstalt wird Peter Moreth berufen, Mitglied der Blockpartei LDPD und Modrows Vize. Der DDR-Liberaler darf auch nach dem Wahlsieg der CDU-geführten Allianz für Deutschland auf seinem Posten bleiben – für einige Wochen jedenfalls.

Stellvertreter Moreths wird Wolfram Krause, ein Wirtschaftsexperte, der schon

### 29. August 1990

Rohwedder ist neuer Präsident, Kaufhof-Chef Jens Odewald neuer Vorsitzender des Treuhand-Verwaltungsrats.

### 31. August 1990

Unterzeichnung des deutsch-deutschen Einigungsvertrags. Das Treuhand-Gesetz wird Bundesrecht.

### 3. Oktober 1990

Die DDR tritt dem Geltungsbereich des Grundgesetzes bei, Deutschland ist wiedervereintigt.

### 2. Dezember 1990

Helmut Kohl gewinnt die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl.

### 31. Januar 1991

Nach einer ersten Aufstellung sind 1990 rund 500 Betriebe von der Treuhand privatisiert worden.

### 22. März 1991

Demonstrationen gegen Massenarbeitslosigkeit vor dem Gebäude der Treuhandanstalt in Berlin.

### 1. April 1991

Mord an Rohwedder, die Rote Armeefraktion bekennt sich zu dem Attentat.

### 13. April 1991

Birgit Breuel wird neue Präsidentin der Treuhandanstalt.



Breuel

### 31. Dezember 1991

Die Treuhand hat bislang 5210 Unternehmen und 6052 Immobilien verkauft.

### 1. Mai 1992

Gründung der ersten beiden (von später fünf) Management-Kommanditgesellschaften mit dem Ziel, Betriebe unterschiedlicher Branchen erst zu sanieren und dann zu verkaufen.

### 30. Juni 1992

Als erste Treuhand-Niederlassung beendet die Filiale Schwerin ihre Privatisierungsaufgabe.

### 31. Dezember 1992

11 043 Unternehmen, 10 311 Immobilien und 27 807 Hektar landwirtschaftlicher Fläche sind privatisiert.

### 30. September 1993

Der Bundestag beschließt auf Antrag der SPD einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Im Sommer 1994 löst sich dieser ohne ein eindeutiges Votum auf.

### 29. April 1994

Der Haushaltsausschuß des Bundestages beschließt ein Gesetz über die Zukunft der Treuhandanstalt. Eine Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) soll vom 1. Januar 1995 an die verbleibenden Tätigkeiten übernehmen, vor allem die Kontrolle der abgeschlossenen Privatisierungsverträge.

### 31. Dezember 1994

Die Treuhandanstalt stellt ihre Tätigkeit ein.

1978 wegen Aufmuckens gegen die verlogene Politik des Wirtschaftsdiktators Günter Mittag aus der Plankommission in die Bezirksleitung der Berliner SED abgeschoben worden war. Krause wird später der letzte ostdeutsche Vorstand sein, den die im Westen angeworbenen Treuhand-Manager in ihren Reihen dulden.

Moreths und Krauses Amt ist zunächst nicht größer als ein gutgehendes Notariat in der Bundesrepublik, sie haben gerade mal 75 Mitarbeiter. Selbst kurz vor der Währungsunion werden es nicht mehr als 133 sein.

Was zum Beispiel eine GmbH ist und wie man die gründet und wie das alles gehen soll mit der Verwahrung oder gar Verteilung des Volksvermögens, wissen sie alle nicht so recht. Das in der DDR immer noch gültige GmbH-Gesetz stammt aus dem Jahre 1892, das Aktiengesetz ist wesentlich frischer und wurde immerhin erst 1937 erlassen.

Während einer Debatte im früheren Kabinett Modrow hatte die damalige Wirtschaftsministerin Christa Luft auf die Frage, wie lange sie brauchen würde, um ein neues GmbH-Gesetz auf den Tisch zu legen, geantwortet: „Etwa anderthalb Jahre.“ Was den Kabinettskollegen Lothar de Maizière zu der Replik veranlaßte: „Dann gibt es die DDR nicht mehr.“ Womit der Christdemokrat, der nun an der Spitze einer großen Koalition die DDR regiert, recht hatte.

Die Treuhandanstalt ist jetzt zwar formell Eigentümer aller Volkseigenen Betriebe, aber sie selbst hat überhaupt keinen Überblick, was ihr alles gehört. Noch im Herbst 1990 tauchen in der dann schon mit angeblich bundesdeutscher Effizienz geleiteten Anstalt immer wieder Firmen auf, die man schlicht vergessen hat. Entdeckt werden die oft erst dann, wenn deren Geschäftsführer vor der Tür stehen und dringend um Hilfe bitten.

In der chaotischen Startphase gibt es für die Treuhänder keine Zeit für Strategien,

**„In der ersten Phase war die kriminelle Energie besonders groß“**

keine Zeit für Konzepte, keine Zeit für Beratungen. Es existieren weder Formulare noch Vorlagen noch Richtlinien.

Alles unbekanntes Gelände, keine Seile zum Festhalten, nichtbefestigte Wege. Daß viele westdeutsche Firmen versuchen, deshalb wenigstens mit Hilfe von Seilschaften, die sich drüben sozusagen blind auskennen, ans Ziel VEB zu kommen, liegt nahe. Gern zu einem möglichst günstigen Preis, gern an der Treuhandanstalt vorbei.

Der Münchner Unternehmensberater Albrecht Graf Matuschka, der in jener Zeit des Wilden Ostens sehr stark in der DDR engagiert war, weiß: „Solche Zustände wie damals in Berlin laden dazu ein, ein Schnäppchen zu machen. In der ersten

Phase war bei denen, die fürchteten, überrollt zu werden von den anbrechenden neuen Zeiten, die kriminelle Energie besonders groß.“

Der alte Genosse Hellmut Fröhlich beispielsweise, der die Interhotel-Kette leitet, verpachtet die Gruppe der zu GmbHs gewendeten ehemaligen Staatsherbergen zu einem lächerlichen Preis an den westdeutschen Steigenberger-Konzern. Zufällig hatten die Steigenbergers dem Osthôtelier zugesichert, daß er im Amt bleiben werde. Nur mühsam und unter Einsatz aller juristischen Mittel kann die Treuhand den Deal später annullieren lassen.

Auf Druck von Bonn entläßt DDR-Ministerpräsident de Maizière im Mai 1990

den überforderten Treuhand-Direktor Moreth. Nachfolger auf dem heiklen Posten soll, das machen die Bonner de Maizière klar, ein Spitzenmanager aus dem Westen werden.

Gesucht wird in der westdeutschen Wirtschaft ein Mann, der den Tiger reiten kann, und das Bonner Kanzleramt läßt keinen Zweifel: Dies ist Chefsache, egal, ob es die DDR noch gibt oder nicht und formal Ministerpräsident de Maizière zuständig ist.

**M**an braucht einen erfahrenen Sanierer, Meinen mit Gefühl für den Seelenzustand der Ostdeutschen, einen mit politischen Verbindungen, einen mit Visionen für das neue Deutschland, einen mit Lust

auf Abenteuer, einen für alles und für alle. Einen Patrioten also, wie er nur im Buche steht.

Man braucht aber auch ein neues Gesetz für die Treuhandanstalt, damit das Ding endlich mal richtig definiert wird: nicht Volksvermögen verwahren und dann gratis zuteilen, sondern Volksvermögen verkaufen.

Die romantische Idee von der Verwahranstalt für Volksvermögen ist passé. Nur durch eine Privatisierungsagentur, die alle Staatsbetriebe verkaufen darf, sind Investoren zu locken.

Das neue Gesetz bekommt, trotz aller Proteste von Abgeordneten aus den Fraktionen der PDS und des Bündnis 90, eine

Mehrheit in der Volkskammer. De Maizières Staatssekretär Günter Krause, der Vereinigungsunterhändler auf Seiten der DDR, macht in seiner Rede über das „Verlustkonto unserer Gesellschaft“ den Abgeordneten klar: „Nach Lage der Dinge ist Verkauf, das heißt die Privatisierung vorhandenen Volksvermögens durch die Treuhandanstalt Hauptquelle für die Abdeckung der Finanzierung der eingeschätzten Verluste.“

Bleibt die dringliche Frage, wer den Treuhand-Laden führen soll. Hamburgs ehemaliger Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der selbst auf der Liste möglicher Kandidaten steht, bedauert noch heu-

te, daß die beste Lösung leider unmöglich war: Strauß wäre ideal gewesen, sagt der SPD-Mann. Aber der ist tot.

Kohls bester Mann in Sachen Wirtschaft, der Ministerialbeamte Johannes Ludewig, führt vertrauliche Gespräche mit diesem und jenem. Sehr früh schon spricht er mit Detlev Karsten Rohwedder, dem Hoesch-Sanierer und ehemaligen Wirtschaftsstaatssekretär. Der aber sieht sich noch unabhkömmlich an der Ruhr, will daher nur das Ehrenamt des Verwaltungsratsvorsitzenden übernehmen.

IBM-Chef Hans-Olaf Henkel schlägt einen ehemaligen Mitarbeiter vor, über den er nur Gutes zu berichten weiß: Reiner Maria Gohlke, von IBM auf den Chefposten der Deutschen Bundesbahn gewechselt. Im CDU-Wirtschaftsrat nicken die einflußreichen Kohl-Berater bei diesem Namen. Der Bahnchef scheint die für einen Sanierer nötige Härte zu haben.

Erst als im Westen alles abgeklärt ist, erinnert man sich wieder an die immer noch herrschenden politischen Verhältnisse:

### **Undurchsichtige Kredite, Tarnfirmen im Ausland und fiktive Warenströme**

Lothar de Maizière, gewählter Ministerpräsident der DDR, kann zum 15. Juli 1990 Reiner Maria Gohlke an die Spitze der Treuhandanstalt berufen. Die Demütigung, nur ausführendes Organ westlicher Interessen zu sein, schluckt der DDR-Ministerpräsident leicht. Da hat er schon ganz andere Kröten aus Bonn verdauen müssen.

Derweil sind die findigsten der einstigen Spitzengenossen munter dabei, soviel Geld wie möglich aus den Kassen der DDR-Parteien, der Außenhandelsmonopole und der Massenorganisationen in die eigenen Taschen zu lenken. Da werden undurchsichtige Kreditbeziehungen konstruiert, Tarnfirmen im Ausland gegründet und fiktive Warenströme hin und her gelenkt.

Die PDS beispielsweise nutzt das Vermögen ihrer Vorgängerin, der SED, um verdienten Genossen Darlehen in Höhe von insgesamt 216 690 942,45 Mark zuzuschustern. Den Parteifreunden soll damit der Start in die Marktwirtschaft erleichtert werden.

Zwar steht das Vermögen der einstigen Staatspartei laut Einigungsvertrag dem neuen Staat zu. Aber die PDS schert das wenig. Vergebens mühen sich Fahnder später, die Spuren der Gelder zu verfolgen.

Die Jäger verborgener DDR-Schätze haben bis heute noch manches andere nicht herausgefunden: Haben die gewendeten Sozialisten viele hundert Millionen D-Mark über Auslandskonten verschwinden lassen oder nicht? War die PDS-Spende von 250 Millionen Ostmark an die

Humboldt-Universität in Ost-Berlin – nach der Währungsunion 125 Millionen D-Mark – ein besonders listiger Trick, Partei-Geld zu waschen?

Was haben sich die Erben der Blockparteien CDU und LDPD neben bekannten 60 und 91 Millionen Mark noch alles unter den Nagel gerissen? Warum hat eine Organisation wie die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe fast 400 Millionen Mark auf ihrem Konto? Und wie kommt die Gesellschaft für Sport und Technik an 1,2 Milliarden?

Es wirkt wie eine Kapitulation vor den besieigten Gegnern, wenn die Bundesre-

**Der Aufruf wirkt wie eine Kapitulation vor den Besiegten**

publik Deutschland, vertreten durch die Treuhandanstalt, im März 1994 in großen Tageszeitungen einen Aufruf zur Suche nach verschwundenem Vermögen der DDR-Parteien veröffentlichten läßt.

„Allgemein geht man davon aus“, heißt es in der Annonce, „daß aus dem Milliardenvermögen der Parteien und Massenorganisationen noch viele Millionen D-Mark versteckt auf Konten oder in Firmen liegen, die den nach dem Gesetz Verantwortlichen damit entzogen sind. Gezielte Hinweise ... können den Fahndungserfolg sehr beschleunigen, denn die Methoden der Veruntreuer sind durchaus raffiniert.“

Für sachdienliche Hinweise werden bis zu fünf Millionen Mark geboten. Doch die Summe muß nie ausbezahlt werden. Die raffinierten Methoden der Akteure sind nur den Mitspielern selbst bekannt – und für die ist Reden nicht einmal Silber, Schweigen aber Gold.

Die Eingeweihten im Osten machen sich vor allem zunutze, daß schon früh die Kurs-Relation von 1:2 bei der Umstellung von Ost- auf Westmark bis zu ihnen durchsickert. So notiert Werner Schlitzer, Generaldirektor der DDR-Außenhandelsfirma BIEG, bereits am 8. Februar 1990, daß der Preis von 86 271 000 DM für den Import von Festspeicherplatten „bei Kurs 1:2“ in Ostmark 172 542 000 beträgt.

Zu jener Zeit gilt im Osten noch ein Verrechnungskurs von 1 D-Mark zu 4,4 Ostmark. Schlitzer hätte also eigentlich rund 380 Millionen Mark Ost als Preis für die Westware einkalkulieren müssen. Das tut der gewiefte Staatshandelsmann dann auch. Er stellt die 380 Millionen bereit, läßt diese aber liegen, bis der neue Kurs gilt, und zahlt erst dann.

So bleiben über 200 Millionen Ostmark in Schlitzers Kasse, die beim Umtausch 100 Millionen D-Mark bringen. Derart einfach kann Kapitalismus sein.

Die günstige Gelegenheit zu Gaunereien bei der Währungsumstellung nutzen auch Brüder in Ost und West gemeinsam. Ausländischen Firmen, die über Ostmark-Guthaben verfügen, gefällt nämlich



**DDR-Bürger mit D-Mark-Scheinen\*:** *Derart einfach kann Kapitalismus sein*

ganz und gar nicht, daß sie ihr Ostgeld nur zum Kurs von 1:3 in Westgeld tauschen dürfen.

Mit Hilfe von Darlehen an DDR-Kumpane läßt sich das ändern. Die können das gepumpte Geld zum Kurs 1:2 eintauschen. Ist der Tausch vollzogen, entfällt meist der Zweck des Darlehens, wie das Leben halt so spielt ... und bitten wir deshalb um Rückzahlung. Eine Million Ostmark hätte bei 1:3 nur knapp über 300 000 D-Mark er-

bracht, aber bei 1:2 sieht das mit 500 000 schon freundlicher aus.

Jahre später wird die sogenannte Prüfungsgruppe Währungsumstellung zwar rund 60 000 solcher Schiebereien ermitteln, aber erst 8000 Konten überprüft haben. Ende dieses Jahres werden die Delikte strafrechtlich verjährt sein, also werden riesige Summen für immer verloren bleiben und viele Gauner ungestraft davongekommen.

Auf mindestens acht Milliarden Mark schätzen westliche Experten die Summe, die dem Staat entzogen wird, bevor die Treuhandanstalt Ende 1990 endlich eine Struktur hat, mit der einigermaßen professionell gearbeitet werden kann. Manche sprechen sogar von bis zu 22 Milliarden, Westmark wohlgermerkt, für die im korrekten Amtsdeutsch „Erklärungsbedarf“ besteht.

Ein Beispiel für solch dubiose Deals: Die Schalck-Tarnfirma Forum, später mit einer geradezu unglaublichen Bilanz als Hanco ein Juwel der Marktwirtschaft, hat im zweiten Quartal 1990 an das DDR-Finanzministerium 97 420 000 Valutamark/D-Mark abzuführen. Multipliziert mit dem damals üblichen Richtwertkoeffizienten von 4,4, mit dem harte D-Mark in weiche Ostmark umgerechnet werden, sind das 428 648 000 Mark Ost. Umgestellt nach der Währungsunion, also 1:2, macht das 214 324 000 D-Mark. Nun meldet sich Vater Staat West und

**Gesucht: DDR-Parteienvermögen**

Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR sucht Verantwortlichen damit entzogen sind. Gezielte Hinweise aus der Bevölkerung können den Fahndungserfolg sehr beschleunigen, denn die Methoden der Veruntreuer sind durchaus raffiniert.

**Bis zu 5 Mio. DM Belohnung!**

Voraussetzung für die Auszahlung durch die Treuhandanstalt ist, daß die Hinweise neue Erkenntnisse enthalten, die den Ermittlungsbehörden bisher nicht bekannt waren, und daß sie zu einem endgültigen Zufluß von Vermögenswerten führen.

Die Belohnung richtet sich nach der Höhe des sichergestellten Vermögenswertes. Bei einem Vermögenswert bis 1 000 DM ist sie auf 5% begrenzt, darüber hinaus beträgt sie maximal 3% des Wertes. Die Höchstgrenze der Belohnung liegt bei 5 Millionen DM.

Eine Belohnung wird nicht gezahlt an Personen, zu deren beruflichen Pflichten die Ermittlung strafbarer Handlungen oder die Rückführung von Vermögenswerten der ehemaligen DDR oder ihrer Parteien und Massenorganisationen gehört, ebenfalls nicht an jetzige oder frühere Mitarbeiter der Treuhandanstalt oder ihrer Tochtergesellschaften oder an Angehörige dieser Personen oder von ihnen engverwandte Dritte.

Eine Belohnung erhält ebenfalls nicht, wer als Vater, Mutter oder Anestiter an einer Straftat in bezug auf den Vermögenswert beteiligt war. Bloße Gehilfen einer solchen Tat können dagegen in dem Genuß der Belohnung kommen.

**Unabhängige Kommission Parteienvermögen**  
Postfach 2 38, 10123 Berlin  
Telefon (030) 23 13 59 34  
Telefax (030) 23 13 59 35

**Treuhandanstalt**  
Direktorat Sondervermögen  
10100 Berlin  
Telefon (030) 31 54 79 11  
Telefax (030) 31 54 79 11

**Treuhand-Annonce**  
„Die Methoden der Veruntreuer sind raffiniert“

\* Am 1. Juli 1990 in Ost-Berlin.

will die ihm zustehenden 97 Millionen, die als Valuta in den Büchern stehen. Kein Problem, soll er haben. Bleibt ja immer noch ein satter Gewinn von rund 117 000 000 D-Mark. Der Einsatz bei diesem Gewinnspiel ohne Risiko hat sich in wenigen Wochen mehr als verdoppelt.

Geschädigt bei dieser und ähnlichen Luftnummern ist immer die Bundesrepublik Deutschland und ganz speziell die Treuhandanstalt, zu deren Portfolio die Firmen gehören.

Erst mit großer Verspätung, etwa anderthalb Jahre nach dem Ende der DDR, beginnt die in Berlin eingerichtete Zentrale Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (Zerv) die Jagd nach betrügerischen Vereinigungsgewinnlern zu koordinieren. Wie weit die Tätigkeitsfelder der Millionen- und Milliarden-schieber sind, zeigt eine Zerv-Liste der gängigen Trickereien im schwarzen Reich roter Socken:

Transferrubelbetrügereien; Untreue bei PDS-Vermögen und Vermögen anderer ehemaliger Massenorganisationen wie FDJ, FDGB; Beiseiteschaffen zum Nachteil der Treuhandanstalt von Vermögenswerten aus früheren VEBs, jetzt GmbHs; Vermögensverlagerungen zu Firmen der Kommunistischen Partei Österreichs, in die Schweiz; Unterschlagung von NVA-Vermögen; Untreue bei Vermögenswerten des MfS; Manipulationen bei Immobilien, so beispielsweise bei 51 Immobilien im KoKo-Reich Schalck-Golodkowskis; Umstellungsbetrug in Zusammenhang mit den Maßnahmen der Währungsunion; Subventionsbetrug zum Nachteil der EG über Ausfuhrerstattungen, Waffenhandel/Embargohandel.

Richtig schöne Gewinne sind vor allem im Geschäft mit Transferrubel zu erzielen. Der Hintergrund: Auslandsforderungen gegenüber Geschäftspartnern aus dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) müssen in Transferrubel abgerechnet werden, das ist die Leitwährung im Osten. Die Summen werden offiziell von der Moskauer Zentralbank eingetauscht und an die jeweiligen Staatsbanken der einzelnen Länder überwiesen, wo

dann die Lieferfirma das ihr zustehende Geld in der Landeswährung abholt. Im normalen Geldverkehr mit dem Westen vor der Währungsunion sind Transferrubelguthaben wertlos.

Zeitenwende, Goldgräberstimmung, die Stunde der falschen Abrechnungen. 100 000 Transferrubel entsprechen etwa 460 000 Ostmark, und die bringen nach der Währungsunion 230 000 Westmark. Wer Transferrubel besitzt, kann durch den Umtausch dieser RGW-Währung in DDR- und dann in D-Mark wie Jesus Wasser in Wein verwandeln.

Bedingung allerdings: Es muß nachgewiesen werden, daß dem Geld- ein Warenverkehr vorausgegangen ist oder unmittelbar folgen wird. Nur wer Handel treibt, darf mitspielen beim Rubeln der Rubel.

Das ist die Chance für Handelsunternehmen, die schon lange im Ostgeschäft sind und überall ihre Verbindungen haben, denn nur der Export von DDR-Waren in andere RGW-Länder führt zu Transferrubeln. Die ehemaligen Staatshändler kennen sich in diesem Dickicht prächtig aus. Sie wissen, wie man mit gefälschten Dokumenten einen blühenden Warenaustausch vortäuschen kann.

Die DDR-Händler sind deshalb genau die richtigen für westdeutsche Firmen, die Strohleute suchen, über die sie sich an der Umrubelei beteiligen können. Eine Handelslizenz, die im DDR-Außenhandelsministerium ausgegeben und so genau nicht geprüft wird, ist in den Zeiten der Währungswende so gut wie eine Lizenz zum Gelddrucken.

Am besten läuft der Betrug über Warschau und am allerbesten, wenn von vornherein D-Mark eingesetzt wird. Das geht so: Ein Transferrubel kostet offiziell 2000 Zloty. Für eine harte Mark bekommt man



DDR-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski, ehemalige

aber auf dem Schwarzmarkt 6000 Zloty, was beim Tausch in Moskau drei Transfer-rubel bringt. Die werden dann gerubbelt in Ostmark, also 3 mal 4,80, was 14,40 Mark aufs Konto bringt. Dieser Kontostand verändert sich nach der Währungsunion auf 7,20 D-Mark. Der ursprüngliche Einsatz von einer D-Mark hat sich versiebenfacht.

Es liegt in der Natur der finsternen Geschäfte, daß es allenfalls Schätzungen über die Verluste gibt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion kann die Bundesbank etwa 36 Milliarden D-Mark, die ihr aus den Transferrubelgeschäften zustehen, in den Wind schreiben. Etwa 8 Milliarden davon rechnet man den Schattentännern in den DDR-Außenhandelsfirmen an.



JÜRGENS OST U. EUROPA PHOTO

**Schalck-Zentrale\*:** Ein Bäcker als Strohmann?

Fast alle ostdeutschen Produzenten dagegen stehen nach der Währungsunion vor dem Abgrund: Wer will denn noch einen Trabi oder Wartburg haben, wenn es nun für richtiges Geld einen Golf oder Opel gibt, wenn auch gebraucht? Wer will überhaupt noch ostdeutsche Produkte, wenn man jetzt die schönen aus dem Westen kaufen kann?

Welches von den osteuropäischen Ländern will jetzt noch bei der ostdeutschen Industrie bestellen, da alles in harter D-Mark zu begleichen ist? Da geht man doch lieber gleich zu den westdeutschen Konzernen, die nur ein bißchen teurer sind, aber viel bessere Ware liefern können.

\* Internationales Handelszentrum in Ost-Berlin.

Bauern karren verzweifelt ihre Produkte direkt zum Verbraucher in die Großstädte, bieten vom Lastwagen runter billigst an und bleiben dennoch auf ihrer Ernte sitzen. Die Besinnung auf Qualität aus dem Osten wird erst Jahre später einsetzen.

Und wo gehen alle hin, wenn sie am Ende sind und kein Geld mehr haben? Zur Treuhandanstalt nach Berlin. 30 Milliarden Mark braucht die schon in den ersten beiden Monaten nach der Währungsunion, um das Schlimmste zu verhindern.

Höchste Zeit wird es daher, daß Rohwedder und Gohlke, die hochgelobten Manager aus dem Westen, ihre Jobs an der Spitze von Verwaltungsrat und Vorstand der Anstalt antreten. Die werden ja wohl Manns genug sein, Ordnung ins Chaos zu bringen.

Doch Wunder können auch noch so tüchtige Ökonomen nicht vollbringen, wenn es überall knackt und kracht. Die Mittel, die den Betrieben von der Treuhand zugeteilt werden, reichen gerade mal für die Zahlung der Löhne aus. Weil es für den Einkauf von Rohstoffen und Vorprodukten nicht mehr langt, droht der Zusammenbruch weiterer Teile der DDR-Wirtschaft.

In einem internen Papier von damals heißt es:

*Die Belastung des ökonomischen Kreislaufs im DDR-Gebiet nach der Währungsumstellung wurde noch dadurch verschärft, daß ein hoher Anteil der ausbezahlten Löhne für den Kauf von BRD-Waren verwendet wird und damit dem Geldkreislauf der DDR verlorenging. Es geht darum, das Eintreten eines wirtschaftlichen Kollaps und verschärfte soziale Spannungen, insbesondere durch millionenfache Arbeitslosigkeit, unter allen Umständen zu vermeiden.*

Lothar de Maizière, der oberste Ansprechpartner für alle letzten Fälle, besorgt das Geld in Bonn und redet anschließend in Berlin vor 200 Geschäftsführern ostdeutscher Betriebe Klartext: Sie sollten nicht nur Horrorgemälde malen, nicht nur rumjammern, noch schlechtere Stimmung verbreiten, als sowieso herrsche, sondern endlich mal die Ärmel aufkrepeln und sich um neue Kunden kümmern. Durch die Mitgliedschaft in der EG werde sich ein Binnenmarkt von 340 Millionen Verbrauchern für ihre Produkte öffnen.

Auch Treuhand-Chef Gohlke ist zunächst noch recht optimistisch: „In unserem Katalog, den wir da in den ersten drei oder vier Wochen erstellt hatten, für die Firmen, die auf keinen Fall eine Zukunft haben – die haben wir natürlich nicht veröffentlicht –, waren das circa 35 Firmen. Und wir alle wissen, daß das eine Zahl ist, davon könnten wir nur träumen, wenn die Realität geworden wäre“, erinnert er sich über drei Jahre später vor dem Bonner Untersuchungsausschuß in Sachen Treuhandanstalt an damalige Illusionen.

Schon Ende August 1990 wird dem Verwaltungsrat ein erster Bericht von Wirtschaftsprüfern vorgelegt, in dem bereits 300 konkursgefährdete Unternehmen genannt werden, wobei „Großfälle wie Leuna, Buna, Vereinigte Mitteldeutsche Braunkohlenwerke AG, Kali Südharz AG, Werften etc.“ noch nicht mal geprüft sind, da „es sich hierbei um Fragestellungen ganzer Branchen oder Wirtschaftsregionen handelt“.

„Mensch, seid ihr wahnsinnig“, entsetzt sich Rohwedder, als die Prüfer vorschlagen, das ehemalige und jetzt umgewandelte Kombinat Mikroelektronik in Erfurt mit fast 56000 Arbeitsplätzen zu schließen. „Das könnt ihr doch nicht machen, das ist das Rückgrat der Region.“

Schon Ende Juli 1990, nur zwei Wochen nach Amtsantritt, kommen Zweifel auf, ob Gohlke der richtige Mann ist für den täglichen Wahnsinn ohne erkennbare Methode. Es gibt bereits die ersten Differenzen mit Rohwedder. Als der Gohlke



**Arbeiter in einem DDR-Betrieb (1990)\*:** Warum soll das Volk eigentlich kaufen, was ihm doch schon immer gehört hat?

einen möglichen Pressechef vorschlägt – „Ich hab’ hier den richtigen Mann für Sie“ –, wagt der zu widersprechen, den wolle er sich schon gern selbst aussuchen. Rohwedder legt wortlos auf.

Gohlke ist Chaotiker im Chaos. Am liebsten möchte er alles selbst erledigen, und das kann nicht gutgehen. Gerade das Tohuwabohu verlangt den kühlen Strategen.

Manchen aus der westdeutschen Wirtschaftselite verprellt der Treuhand-Präsident dadurch, daß er neue Ausschreibungen verlangt und so dem einen oder anderen Übernahme-Interessenten ein sicher geglaubtes gutes Geschäft verdirbt.

Entscheidend sei, meint Gohlke, wer am meisten zahlt, und nicht so wichtig, wer im CDU-Wirtschaftsrat sitzt. Das schafft keine Freunde. Der neue Chef ist es gewohnt, auf jede Mark zu schauen und zehnmal zu prüfen, bevor Geld ausgegeben wird. So ging es bei der Deutschen Bundesbahn, aber die verkehrt nicht im Minutentakt.

Gohlke rückblickend: „Ich wollte nicht jede halbe Stunde irgendeine Milliarde unterschreiben und dann zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen. Ich wollte genaue Analyse, genaue Prüfung, oft mehr Geld, als die Interessenten zu zahlen bereit waren, und vor allem in allen Verträgen

Klauseln einbauen, daß nach einer Fünfjahresfrist nachverhandelt werden müsse, falls die Geschäfte gut laufen.“

Gohlkes Gegner im Verwaltungsrat werfen ihm vor, Entscheidungen zu verzögern: Der Kerl bremst den dringend benötigten Aufschwung. Gohlke kontert, schnell zu sein und nicht gut, sei kein vernünftiges Prinzip. Schnell und gut, na gut, aber nur, falls es machbar ist.

Die Ungeduld des Verwaltungsratsvorsitzenden, dem vieles nicht schnell genug geht, entlädt sich in immer heftigeren Konflikten mit dem eigenwilligen Vorstandschef. Rohwedder hat immerhin Hoesch saniert und will sich nicht beschränken auf die Kontrolle bereits

erfolgter Entscheidungen – vor allem nicht dann, wenn er die für falsch hält.

Bei einem Treffen zwischen Rohwedder, dessen Stellvertreter Otto Gellert und Gohlke am 17. August 1990, einem Freitag, kommt es zum großen Knall. Der kurze Dialog zwischen Rohwedder und Gohlke läuft etwa so:

„Was Sie hier machen, ist alles Scheiße“, herrscht Rohwedder Gohlke an.

„Habe ich noch das Vertrauen des Verwaltungsrates?“ fragt der zurück.

„Nein“, erwidert Rohwedder trocken.

„Dann erkläre ich hiermit meinen Rücktritt“, verkündet Gohlke.

„Otto, hast du gehört, was der gerade gesagt hat?“ fragt Rohwedder rhetorisch Gellert und nimmt dann sofort den Rücktritt an.

Rohwedder weiß, was das Ausscheiden Gohlkes für ihn selbst bedeutet. Das hatte ihm zuvor schon sein Freund Gellert, ein Hamburger Unternehmensberater, klargemacht. Nun muß Rohwedder selber ran. Jetzt hat er zu zeigen, daß er es besser als Gohlke kann.



**Treuhand-Chef Gohlke (1990)**  
Der Kerl bremst den Aufschwung

#### Im nächsten Heft

Tödlicher Schuß auf den Treuhand-Chef – „Aufgabe von furchterregender Dimension“ – Sanierung vor Privatisierung? – Die Millionenhonoreare der Liquidatoren – „Wo sollten sie hin mit ihrem Haß?“

\* In der Landmaschinenfabrik Fortschritt in Bernburg (Sachsen-Anhalt).